

## Interessante Antworten auf unsere Wahlprüfsteine eingegangen

Berlin, 22.09.21 - Anfang September hatten wir die innenpolitischen Sprecher von CDU/ CSU, SPD, Grüne und FDP angeschrieben und ihnen einige Fragen gestellt, die aus unserer Sicht die Angehörigen von Bundespolizei/ Zoll und anderen Angehörigen deutscher Sicherheitsbehörden von Interesse sein könnten. Um nichts zu verfälschen oder zu verkürzen haben wir uns entschieden, die Antworten vollumfänglich zu veröffentlichen. Ihr solltet Eure Schlüsse aus diesen teilweise sehr interessanten Antworten ziehen.



Ute Vogt – Innenpolitische  
Sprecherin

### 1. Novellierung des BPolG

**Über 2 Jahre hat es vom 1. Entwurf bis zur Ablehnung - quasi in letzter Sekunde - im Bundesrat mit der Novelle des BPolG gedauert. Wertvolle Zeit ging verloren, die Novelle ist nach mittlerweile fast 30 Jahren längst überfällig.**

- Welche Schwerpunkte wollen Sie einbringen?
- Soll es eine Aufgabenerweiterung geben?
- Soll die grenzüberschreitende Zusammenarbeit gestärkt werden?
- Wie stehen Sie zu der Frage, Europol eigene Eingriffsbefugnisse in den Mitgliedsstaaten zu gewähren?

**SPD**

*Das Bundespolizeigesetz ist seit 1994 nicht verändert worden.*

*Wichtige rechtliche und technische Entwicklungen sind an diesem Gesetz vorbeigezogen. Die SPD will für eine rasche Modernisierung des Gesetzes sorgen. Deshalb werden wir die im Bundesrat gescheiterte Reform der Bundespolizei in der neuen Legislaturperiode erneut angehen. Der Schwerpunkt der Reform liegt dabei für die SPD, auf einer Anpassung an die veränderte Lebenswirklichkeit. Die Bundespolizistinnen und Bundespolizisten brauchen vor allem mehr Kompetenzen und Befugnisse bei der Verfolgung von Straftaten. Anpassungen braucht es bei der Verfolgung von Straftaten im Zusammenhang mit Drohnen oder sogenannten Laserpointern.*

*Trotz und gerade wegen krisenhafter Entwicklungen in der EU und anti-europäischen Tendenzen in den Mitgliedstaaten, halten wir ohne Wenn und Aber an der europäischen Idee fest und werden sie in allen Bereichen stärker betonen. Das gilt auch für die Innen- und Sicherheitspolitik, die wir europäisch denken müssen. Ob Terrorismus, Cybercrime oder Einbrüche - die Kriminalität endet nicht an den nationalen Grenzen. Um die Menschen besser schützen zu können, müssen wir daher Strukturen und den gemeinsamen Austausch verbessern. Wir setzen uns dafür ein, dass eine Art europäisches FBI z.B. bei Europol aufgebaut wird und auch das Europäische Zentrum für Terrorismusbekämpfung (ECTC) mehr Kompetenzen erhält.*

*Besonderes Augenmerk wollen wir hier auf die vielen Facetten der Organisierten Kriminalität legen. Sie ist ein gravierendes Kriminalitätsphänomen. Die Geschäfte von Organisierter Kriminalität werden wir genauestens kontrollieren und Geldwäsche vereiteln. Notwendig sind ausdauernde und flächenübergreifende Strukturermittlungen der Länderpolizeien, der Bundespolizei und des Zolls zusammen mit BKA und Europol.*

*Grundsätzlich haben wir mit der europäischen Polizeibehörde Europol eine gut funktionierende Institution, die internationale Bezüge auswerten kann und damit neue Ermittlungsansätze ermöglicht. Die zentrale Rolle, die Europol in der grenzübergreifenden Kriminalitätsbekämpfung zukommt, muss sich in seiner Finanzierung und Personalausstattung künftig besser widerspiegeln. Nicht zuletzt die wachsende zu bearbeitende Datenmenge und die zunehmende internationale Vernetzung im Bereich sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Drogenhandel machen verstärkte ermittelnde Anstrengungen und damit einen finanziellen Aufwuchs erforderlich. Eigene Ermittlungsbefugnisse von Europol lehnen wir ab.*

## **2. Aus- und Fortbildung**

**Wie stehen sie zu der zunehmend erforderlichen Spezialisierung insbesondere im Bereich der Kriminalitätsentwicklung und -bekämpfung?**

**Würden Sie die Einführung einer durchgehenden "K-Schiene"<sup>1</sup> - wie von uns gefordert - zustimmen. Wo sehen Sie diesbezgl. Chancen, wo Herausforderungen?**

**Wie stehen Sie zu der Möglichkeit - gerade im Hinblick auf die zunehmende digitale Arbeitswelt - vermehrt im Nichtvollzug einzustellen? Wie sehen Sie die Möglichkeiten, vermehrt Quereinsteiger\*innen einzustellen, dann auch zu entsprechend attraktiven Konditionen? - Das Personalentwicklungskonzept der BPol steht Fachkarrieren im Weg. Setzen Sie sich für ein modernes PEK welches sowohl Führungs- als auch Fachkarrieren vorsieht, ein?**

*Für mehr Sicherheit in Deutschland kommt es auf motivierte, gut ausgebildete und gut ausgestattete Polizist\*innen an. Das muss sich auch in einem modernen Dienstrecht, guten Arbeitsbedingungen und in einer Angemessenen Bezahlung für Beamt\*innen und Mitarbeiter\*innen der Polizei widerspiegeln. Bund und Länder müssen als attraktiver öffentlicher Dienst untereinander wieder durchlässiger werden und gleichzeitig gegenüber der Wirtschaft wettbewerbsfähig sein. Hierzu streben wir eine stärkere Harmonisierung der Besoldungs- und Vergütungsregelungen von Bund und Ländern an.*

*Auch können grundsätzlich Schwerpunktsetzungen sehr sinnvoll sein. Allerdings sollte insgesamt die Ausbildungsbreite erhalten bleiben. Eine Schwerpunktsetzung bewährt sich im Einsatz, allerdings sollten die Kolleginnen und Kollegen immer auch die Chance haben, auch das Einsatzgebiet zu wechseln.*

## **3. Attraktivität der Bundespolizei**

**Der Arbeitsmarkt ist hart umkämpft und diese Entwicklung wird aufgrund des demografischen Wandels in den nächsten Jahren eher noch zunehmen. Aus unserer Sicht ist noch Luft nach oben, um als attraktiver Arbeitsgeber zu gelten?**

**Werden Sie sich für die Ruhegehaltsfähigkeit der Amtszulage einsetzen?**

*Als Zeichen unserer Wertschätzung haben wir im Rahmen der Übertragung des Tarifabschlusses vom 25.10.2020 die sog. Polizeizulage um 20 Prozent erhöht. Wir sind auch grundsätzlich dafür, die Polizeizulage wieder ruhegehaltsfähig zu gestalten. Das Zulagenwesen im Öffentlichen Dienst ist im Laufe der Zeit allerdings unübersichtlich, intransparent und fehleranfällig geworden. Wir brauchen daher eine grundsätzliche Analyse und Reform des Zulagenwesens, um Transparenz, Vergleichbarkeit, Gerechtigkeit und Einhaltung des grundgesetzlichen Gleichheitsgrundsatzes zu gewährleisten. Das Bundesinnenministerium ist auch durch einen Beschluss des Rechnungsprüfungsausschusses aus dem Jahr 2020 aufgefordert, einen Vorschlag zur verfassungskonformen Reform des Zulagenwesens vorzulegen.*

**Befürworten Sie aufgrund der abnehmenden Anzahl Freiwilliger den erleichterten bzw. prüfungsfreien Aufstieg in den höheren Dienst (analog mD zu gD)?**

*Wir wollen allen Beschäftigten bei der Bundespolizei und im Öffentlichen Dienst attraktive Arbeitsbedingungen und berufliche Perspektiven bieten. Wir werden zeitnah nach der Regierungsbildung gemeinsam mit der Bundespolizei und den Gewerkschaften erörtern, inwieweit das Laufbahnrecht hierfür modernisiert werden kann.*

**Setzen Sie sich für die Möglichkeiten von verstärktem Homeoffice/mobilen Arbeiten unter dem Grundsatz "Freiwillig - da wo es möglich ist" ein oder unterstützen sie die Präsenzpflicht?**

*Das Arbeiten aufgrund und während der Corona-Pandemie hat sich verändert. Und es hat in der Gesellschaft, in Behörden und Unternehmen auch ein Umdenken stattgefunden, dass Arbeiten in unserer digitalisierten Welt sich auch verändert, aber weiterhin genauso effektiv möglich ist. Daher unterstütze ich mobiles Arbeiten, freiwillig und dort wo es möglich ist. Das*

*muss aber immer in Absprache mit dem Arbeitgeber und mit dem Team erfolgen.*

**Wie stehen sie zu zusätzlichen Entgeltangeboten wie beispielsweise dem Jobbike, vergünstigten Fahrpreisen im ÖPNV/im Fernverkehr (ohne Uniform)?**

*Zusätzliche Entgeltangebote seitens des Arbeitgebers, zum Beispiel durch Gehaltsumwandlungen wie beim Jobbike, können natürlich sehr förderlich für die Attraktivität eines Arbeitgebers sein. Derzeit können Polizisten und die Bundeswehr uniformiert kostenlos Bahnfahren, es gibt auch in vielen Regionen entsprechende Abkommen mit regionalen Verkehrsverbänden. Es geht dabei aber nicht nur um zusätzliche finanzielle Erleichterungen für Privatfahrten, sondern die Verknüpfung mit der Uniform hat einen zusätzlichen Sicherheitsaspekt als Hintergrund.*



Dr. Irene Mihalic – B 90/ Grüne



**1. Welche Schwerpunkte wollen Sie einbringen?**

*"In der Tat ist es betrüblich, dass die scheidende Bundesregierung die dringend notwendige Novelle derart in den Sand gesetzt hat. Wir wollen das schnell wieder auf die Agenda setzen und diesmal ordentlich angehen in einem guten parlamentarischen Verfahren. Unser Ziel ist es, dass die Bundespolizei zusätzliche Ermittlungskompetenzen bekommt, wo es sachgerecht ist. So wie bisher, wo die Bundespolizei die Fälle in ihrem Bereich aufnimmt und dann an andere Polizeibehörden abgibt führt es oft zu unnötigen Schnittstellen. Was wir aber vermeiden müssen sind konkurrierende Ermittlungen, wir müssen viel Sorgfalt darauflegen, die Kompetenzen transparent zu verteilen. Außerdem wollen den umstrittenen § 21a BPolG streichen und durch eine echte Kontrollbefugnis mit klaren Zulässigkeitsvoraussetzungen ersetzen, damit "racial profiling", was ja heute schon illegal ist, in der Praxis*

*komplett unterbunden wird."*

**Soll es eine Aufgabenerweiterung geben?**

*"Ja, wie ich beschrieben, in den Bereichen, wo durchgängige Ermittlungen der Bundespolizei sachgerecht sind. Für Abschiebungen sollten weiterhin die Länder zuständig bleiben. Jede Aufgabenerweiterung muss aber personell abgedeckt werden."*

**Soll die grenzüberschreitende Zusammenarbeit gestärkt werden?**

*"Ja, sowohl die europäische als auch die Zusammenarbeit der Polizeibehörden in Bund und Ländern. Für Europa wollen wir ein eigenes europäisches Kriminalamt, eine Stärkung von Europol und eine gemeinsame Gefährder-Definition. In Deutschland wollen wir das GTAZ und die anderen gemeinsamen Zentren auf eine rechtliche Grundlage stellen und Verantwortlichkeiten klar regeln. Außerdem werden wir uns für gemeinsame Standards und bessere länderübergreifende polizeiliche Maßnahmen auf Grundlage von entsprechenden Verwaltungsvereinbarungen stark machen."*

**Wie stehen Sie zu der Frage, Europol eigene Eingriffsbefugnisse in den Mitgliedsstaaten zu gewähren?**

*"Dieser Frage stehen wir als überzeugte Europäer grundsätzlich positiv gegenüber. Wichtig ist, dass die jeweils höchsten rechtlichen Maßstäbe gelten. Noch wichtiger ist aber, dass die Räder ineinandergreifen und die polizeiliche Zusammenarbeit gut funktioniert."*

**2. Aus- und Fortbildung**

*Die Arbeitsverdichtung hat bei allen Polizeien beständig zugenommen. Zudem sind viele Sachverhalte heute weitaus komplexer und unterliegen vielfältigen Regularien. Kriminalität - und das ist für die Bundespolizei von besonderer Bedeutung - ist heute erheblich internationaler. Polizeiliche Arbeit, insbesondere an unseren Binnengrenzdienststellen, erfordert eine intensive Kooperation sowohl mit deutschen als auch mit ausländischen Sicherheitsbehörden.*

den. Die Bundespolizei hält dennoch unbeirrt an der Ausbildung zu „Generalisten“ fest.

**Wie stehen sie zu der zunehmend erforderlichen Spezialisierung insbesondere im Bereich der Kriminalitätsentwicklung und -bekämpfung?**

*"Wer Kriminalist\*innen will, muss sie auch aus- und fortbilden. Deshalb müssen wir bei der Frage der Spezialisierung unbedingt weiter kommen. In vielen Phänomenbereichen brauchen wir dringend Verbesserungen durch mehr spezialisierte Fachkompetenz. Überall findet Spezialisierung statt, bei Kriminellen auch, dem müssen wir bei der Aufstellung der Polizei entsprechen."*

**Würden Sie die Einführung einer durchgehenden "K-Schiene"1 - wie von uns gefordert - zustimmen. Wo sehen Sie diesbezgl. Chancen, wo Herausforderungen?**

*Es macht durchaus Sinn die kriminalpolizeiliche Ermittlungsarbeit so zu strukturieren. Auch für die Arbeitsmotivation und für die notwendige Spezialisierung in bestimmten Phänomenbereichen ist die Ermöglichung von Fachkarrieren erforderlich. Die Herausforderung wird sein das System so zu gestalten, dass erarbeitete Fachexpertise in den Dienststellen erhalten bleibt, wir aber trotzdem flexibel auf personelle Engpässe in anderen Bereichen reagieren können, wenn es nötig wird."*

**Wie stehen Sie zu der Möglichkeit - gerade im Hinblick auf die zunehmende digitale Arbeitswelt - vermehrt im Nichtvollzug einzustellen? Wie sehen Sie die Möglichkeiten, vermehrt Quereinsteiger\*innen einzustellen, dann auch zu entsprechend attraktiven Konditionen?**

*"Das sehe ich insgesamt sehr positiv. Erstens brauchen wir dringend mehr Personal. Und zweitens bringen Menschen von außen "frische Luft" mit in die Behörde und frische Ideen auf der Höhe der Zeit. Um diese Menschen zu gewinnen müssen wir, wie gesagt, an der Attraktivität des Berufsbildes arbeiten. Gerade Verlässlichkeit und Familienfreundlichkeit sind da sicher ein entscheidendes Pfund, mit dem man wuchern sollte. Aber da muss man halt dran arbeiten."*

**Das Personalentwicklungskonzept der BPol steht Fachkarrieren im Weg. Setzen Sie sich für ein modernes PEK welches sowohl Führungs- als auch Fachkarrieren vorsieht, ein?**

*„Wie ich schon beschrieben habe, halte ich die Ermöglichung von Fachkarrieren für sehr wichtig. Gerade mit Blick auf die notwendige Spezialisierung für eine qualitativ hochwertige Ermittlungsarbeit, aber auch für die Attraktivität des Berufsbildes und für die Arbeitsmotivation. Es ist doch niemandem zu vermitteln, dass sich Beamt\*innen erst jahrelang viel Expertise erarbeiten und zu echten Meister\*innen ihres Fachs werden und dann plötzlich die Stelle wechseln müssen, um die Notwoanders auszugleichen oder befördert werden zu können. Das müssen wir anders regeln.“*

### **3. Attraktivität der Bundespolizei**

**Der Arbeitsmarkt ist hart umkämpft und diese Entwicklung wird aufgrund des demografischen Wandels in den nächsten Jahren eher noch zunehmen. Aus unserer Sicht ist noch Luft nach oben, um als attraktiver Arbeitsgeber zu gelten?**

*"Da sehe ich in jedem Fall noch Luft nach oben. Die Bundespolizei muss noch mehr auf die gesellschaftlichen Veränderungen eingehen und entsprechende Angebote machen. Für einen attraktiven Arbeitsplatz brauchen wir bessere Aufstiegsmöglichkeiten, mehr Familienfreundlichkeit und weitere Fortschritte bei der Digitalisierung."*

**Werden Sie sich für die Ruhegehaltsfähigkeit der Amtszulage einsetzen**

*„In jedem Fall. Wie sie wissen, haben wir als Grüne Bundestagsfraktion zweimal einen entsprechenden Antrag zur Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage im Bundestag eingebracht. Beide Male wurde unsere Initiative von CDU, CSU und SPD abgelehnt. Wir werden das nach der Wahl sofort wieder auf die Tagesordnung setzen.“*

**Befürworten Sie aufgrund der abnehmenden Anzahl Freiwilliger den erleichterten bzw. prüfungs--freien Aufstieg in den höheren Dienst (analog mD zu gD)**

*„Die Frage muss doch lauten, warum es so wenige Freiwillige gibt, die sich für den Aufstieg in den höheren Dienst interessieren. Die Aufgaben des höheren Dienstes sind sehr komplex und*

*entsprechend hoch sind auch die Anforderungen. Da sollten wir keine Abstriche machen. Wichtig ist aber unnötige Barrieren, die dem Aufstieg im Wege stehen, abzubauen und Interessierte entsprechend zu fördern.“*

**Setzen Sie sich für die Möglichkeiten von verstärktem Homeoffice/mobilen Arbeiten unter dem Grundsatz "Freiwillig - da wo es möglich ist" ein oder unterstützen sie die Präsenzpflcht?**

*"Ich unterstütze grundsätzlich den Ansatz "Freiwillig - da wo es möglich ist". Es ist ja klar: Home-Office und Streifendienst geht natürlich nicht. Aber da, wo es möglich ist, halte ich Home-Office oder mobiles Arbeiten für einen wichtigen Beitrag zu mehr Familienfreundlichkeit."*

**Wie stehen sie zu zusätzlichen Entgeltangeboten wie beispielsweise dem Jobbike, vergünstigten Fahrpreisen im ÖPNV/im Fernverkehr (ohne Uniform)**

*Grundsätzlich sehe ich das positiv, auch wenn ich das Argument der Gewerkschaften ernstnehme, dass es schwierig ist, solche Angebote im Entgelt unterzubringen, auch mit Blick auf die Berechnung des Ruhegehalts bzw. der Rente. Alles in allem sollten aber bei entsprechender Ausgestaltung die Vorteile überwiegen. Wir müssen den Menschen, die sich hauptsächlich mit Fahrrad oder ÖPNV bewegen wollen endlich gute Angebote machen, das in ihren Alltag zu integrieren."*

---



Martina Renner – Die Linke  
**DIE LINKE.**

**1. Welche Schwerpunkte wollen Sie einbringen?**

*Wir haben bereits zu Beginn der vergangenen Wahlperiode die Umsetzung der EU-Richtlinie für den Datenschutz im Bereich der Strafverfolgungsbehörden gefordert. Das ist letztlich durch die Kopplung mit zahlreichen anderen umstrittenen Vorhaben gescheitert. Dies muss unmittelbar zu Beginn der neuen Legislaturperiode angegangen werden, um die Rechtssicherheit für Bundespolizei und betroffene Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen. In allen anderen Polizeigesetzen von Bund und Ländern ist die JI-Richtlinie bereits umgesetzt.*

**Soll es eine Aufgabenerweiterung geben?**

*Nein. Die Bundespolizei ist verfassungsrechtlich gesehen eine Sonderpolizei des Bundes zur Sicherung der Grenzen und zur Abwehr von Gefahren, die die Kräfte der Länder übersteigen. Dieses Gepräge als*

*Polizei mit begrenzten Aufgaben wollen wir erhalten.*

**Soll die grenzüberschreitende Zusammenarbeit gestärkt werden?**

*Nein. Die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit ist im Wesentlichen Aufgabe der Länder bei der Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität. Die Bundespolizei ist über die bi- und trilateralen Zentren der polizeilichen Zusammenarbeit in diese Kooperationen eingebunden. Das ist aus unserer Sicht ausreichend. Defizite in der grenzüberschreitenden polizeilichen Zusammenarbeit müssen auf Ebene der Länder angegangen werden, wo sie identifiziert werden können.*

**Wie stehen Sie zu der Frage, Europol eigene Eingriffsbefugnisse in den Mitgliedsstaaten zu gewähren?**

*Wir lehnen solche Eingriffsbefugnisse ab. Hierfür besteht keinerlei Notwendigkeit. Es fehlen auch überzeugende fachliche Konzepte für die Ausübung und überhaupt die Notwendigkeit solcher Befugnisse. Zentrale Fragen der rechtsstaatlichen Kontrolle und der politischen Aufsicht, die selbst wiederum parlamentarischer Kontrolle unterliegen muss, sind zudem nicht beantwortet oder innerhalb der EU-Verfassung auch nicht lösbar.*

**2. Aus- und Fortbildung**

**Wie stehen sie zu der zunehmend erforderlichen Spezialisierung insbesondere im Bereich der Kriminalitätsentwicklung und -bekämpfung?**

*Eine zunehmende Notwendigkeit der Spezialisierung sehen wir gerade mit Blick auf digitale Tatwerkzeuge und den digitalen Raum als Tatort. Ansonsten gilt: wer kriminalistisch arbeiten soll, muss auch kriminalistisch ausgebildet werden.*

**Würden Sie die Einführung einer durchgehenden "K-Schiene" - wie von uns gefordert - zustimmen. Wo sehen Sie diesbezgl. Chancen, wo Herausforderungen?**

*Eine wesentliche Herausforderung bestünde aus unserer Sicht im Hinblick auf die Frage nach Zuständigkeiten der Bundespolizei, siehe die Fragen unter 1. Die deutliche Ausweitung der Tätigkeit als Ermittlungsbehörde war eine politische Entscheidung der Leitungsebene der Bundespolizei und im BMI, deren Vereinbarkeit mit dem Gepräge der Bundespolizei als Polizei mit begrenzten Aufgaben jedenfalls kritisch diskutiert werden müsste. Ein Verbleib dieser Aufgabenwahrnehmung, deren Vollzug dem Bundesinnenminister sonst ausbleibende Erfolgsmeldungen im eigenen Geschäftsbereich ermöglicht, müsste dann auch eine entsprechend stärkere Herauslösung des Ermittlungsdienstes als eigener „kriminalistischer Schiene“ zur Folge haben.*

**Wie stehen Sie zu der Möglichkeit - gerade im Hinblick auf die zunehmende digitale Arbeitswelt - vermehrt im Nichtvollzug einzustellen? Wie sehen Sie die Möglichkeiten, vermehrt Quereinsteiger\*innen einzustellen, dann auch zu entsprechend attraktiven Konditionen?**

*Der Personalaufwuchs für die Erfüllung von Verwaltungsaufgaben und die entsprechende Entlastung von Verwaltungstätigkeit der Vollzugsbeamten hat mit dem allgemeinen Personalaufwuchs nicht mithalten können. Hier muss vor allem in die interne Ausbildung investiert werden, die derzeit ein stiefmütterliches Dasein führt.*

**Das Personalentwicklungskonzept der BPol steht Fachkarrieren im Weg. Setzen Sie sich für ein modernes PEK welches sowohl Führungs- als auch Fachkarrieren vorsieht, ein?**

*Das Personalentwicklungskonzept der Bundespolizei steht aus ganz unterschiedlichen Gründen in der Kritik. Berechtigt ist in jedem Fall die Kritik an der Fokussierung auf Führungskarrieren, während fachliche Fragen keine angemessene Rolle spielen und andere Aspekte lediglich im Bereich der Absichtserklärung verbleiben. Anpassungen sind unbestreitbar im PEK notwendig, aber vor allem durch die Leitungsebene auch ernst zu nehmen.*

### **3. Attraktivität der Bundespolizei**

**Werden Sie sich für die Ruhegehaltsfähigkeit der Amtszulage einsetzen?**

*Ja, dafür haben wir uns auch im Bundestag mehrfach ausgesprochen.*

**Befürworten Sie aufgrund der abnehmenden Anzahl Freiwilliger den erleichterten bzw. prüfungsfreien Aufstieg in den höheren Dienst (analog mD zu gD)?**

*Nein. Jedenfalls einen prüfungsfreien Aufstieg in den höheren Dienst lehnen wir ab, weil hier zusätzliche Aufgaben u.a. in der Personalführung zu erfüllen sind, für die zuvor nicht in dem Maße Berufserfahrungen gesammelt werden konnten, dass die entsprechenden Kenntnisse anders festgestellt werden können. Erleichterungen bei der Aufstiegsfortbildung bis hin zum Wegfall als zwingende Voraussetzung der Aufstiegsprüfung in einzelnen Verwendungen, auch um die Durchlässigkeit zwischen den Laufbahnen zu erhöhen, stehen wir positiv gegenüber.*

**Setzen Sie sich für die Möglichkeiten von verstärktem Homeoffice/mobilen Arbeiten unter dem Grundsatz "Freiwillig -da wo es möglich ist" ein oder unterstützen sie die Präsenzpflcht?**

*Wir fordern ein Recht auf Homeoffice, sofern die Art der Tätigkeit dies zulässt. Die Bedingungen des Homeoffice müssen mindestens im Rahmen von Betriebs- oder Dienstvereinbarungen festgelegt werden und Regelungen enthalten, die einer Entgrenzung und Überbeanspruchung entgegenwirken (etwa begrenzte LogIn-Zeiten).*

**Wie stehen sie zu zusätzlichen Entgeltangeboten wie beispielsweise dem Jobbike, vergünstigten Fahrpreisen im ÖPNV/im Fernverkehr (ohne Uniform)?**

*Solche freiwilligen sozialen Leistungen (JobBike, JobTicket) können im Rahmen von Betriebs- und Dienstvereinbarungen vereinbart werden und werden von uns selbstverständlich unterstützt. Haushaltsmittel würden dafür zur Verfügung gestellt. Eine regierungsseitige Einführung solcher*

Vergünstigungen käme aus unserer Sicht aber nur für den gesamten Bereich der Bundesverwaltung in Frage, nicht lediglich für einzelne Berufsgruppen. Für die Nutzung des ÖPNV fordern wir die Einführung eines 365-Euro-Jahrestickets, um den Umstieg für alle attraktiv zu machen.

---



Dr. Mathias Middelberg – CDU/CSU Fraktion



## 1. Novellierung des BPolG

Das überwiegend aus dem Jahr 1994 stammende Bundespolizeigesetz muss dringend modernisiert werden. Auf Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben wir in der ablaufenden Wahlperiode im Bundestag ein Reformgesetz erarbeitet und verabschiedet, welches jedoch von den Ländern im Bundesrat abgelehnt wurde. Bei einem neuen ‚Anlauf‘ in der nächsten Legislaturperiode sollte eine Novellierung des Bundespolizeigesetzes folgende Schwerpunkte enthalten:

### **Anpassung der Befugnisse an die aktuellen**

**Herausforderungen** - Für eine effektivere Gefahrenabwehr sollte die Bundespolizei generell die Möglichkeit zur präventiven Telekommunikationsüberwachung und speziell zur Bekämpfung von Schleuserkriminalität und Menschenhandel auch die Befugnis zur sog. Quellen-TKÜ erhalten, um im Einzelfall auch verschlüsselte Internet-Gespräche mithören und WhatsApp-Nachrichten mitlesen zu können. Die Bundespolizei sollte künftig Mobilfunkkarten und -endgeräte identifizieren und lokalisieren, technische Mittel gegen Drohnen einsetzen und auch Meldeauflagen anordnen dürfen, um z.B. Ausreiseuntersagungen gegen gewaltorientierte Fußball-Hooligans sicherzustellen. Um die Fahndung nach schweren Straftätern, Gefährdern und Terroristen zu verbessern, wollen wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die automatisierte Gesichtserkennung an Gefahrenorten in Deutschland eingesetzt werden kann. Um rechtliche Klarheit für unsere Bundespolizistinnen und Bundespolizisten zu schaffen, sollte zudem eine Rechtsgrundlage für den sog. finalen Rettungsschuss eingeführt werden.

**Verbesserung der Unterbringungssituation** - Die Unterbringung der Bundespolizistinnen und Bundespolizisten muss an vielen Orten konkret verbessert werden. Dafür wollen wir die im Bundespolizeigesetz geregelten Mitwirkungspflichten der Deutschen Bahn sowie der Betreiber von Häfen und Flughäfen anpassen.

**Moderate Ausweitung der Aufgaben der Bundespolizei** - Um eine Strafverfolgung „aus einer Hand“ zu gewährleisten, sollte die Bundespolizei künftig in ihrem sachlichen Zuständigkeitsbereich generell auch für Verbrechen zuständig sein. Als Konsequenz aus dem Fall Anis Amri sollte die Bundespolizei zudem in ihrem örtlichen Zuständigkeitsbereich die Befugnis zur Beantragung von Haft zur Sicherung der Abschiebung erhalten und in weiterer Abstimmung mit den Ausländerbehörden den unerlaubten Aufenthalt von vollziehbar ausreisepflichtigen Drittstaatsangehörigen durch Abschiebungen beenden können. Des Weiteren sollte die Bundespolizei künftig auch für die Verfolgung von Straftaten im Zusammenhang mit Drohnenangriffen und Laserpointern zuständig sein. Auch sollten die Staatsanwaltschaften in Einzelfällen im Rahmen der Amtshilfe die Bundespolizei um Strafverfolgung ersuchen können, z.B., wenn die Fachexpertise der Bundespolizei von besonderer Bedeutung ist (sog. gekorene Zuständigkeit). Schließlich sollte die Bundespolizei die Möglichkeit zu eigenen Zeugenschutzmaßnahmen erhalten.

**Moderate Ausdehnung des Grenzkorridors** - Um die Grenzfahndung in besonderen Gefahrenlagen weiter zu stärken, haben wir es der Bundespolizei ermöglicht, Auto-Kennzeichen mit automatischen Lesegeräten zu erfassen. Wir wollen Erweiterungen dahingehend, dass in Deutschland mithilfe einer lagebildabhängigen Schleierfahndung nicht nur in Grenzregionen kontrolliert werden darf, sondern auch auf international bedeutsamen Verkehrswegen und im Umfeld von Bahnhöfen und Flughäfen. Den bislang für die Bundespolizei geltenden Grenzkorridor wollen wir dafür ausdehnen.

**Soll die grenzüberschreitende Zusammenarbeit gestärkt werden?** - In einem Europa mit offenen Grenzen und Reisefreiheit bedarf es auch einer echten Sicherheitsunion. Nur mit intensiver, grenzüberschreitender Zusammenarbeit wird es gelingen, Drogenschmuggler, Menschenhändler, international agierende Banden, Gefährder und Terroristen wirksamer als bislang zu bekämpfen. Wir wollen daher:

die enge Zusammenarbeit der Polizeien und Nachrichtendienste vor allem angesichts der weiterhin akuten terroristischen Bedrohungen weiter intensivieren;

die in unterschiedlichen Informationssystemen vorhandenen Daten so verknüpfen, dass die Polizei- und Sicherheitsbehörden auf die von ihnen benötigten Informationen schnell zugreifen können – zur Prävention von Anschlägen ebenso wie zur Strafverfolgung nach terroristischen Taten;

dass die relevanten Daten zwischen den Polizei- und Sicherheitsbehörden so umfassend ausgetauscht werden können, dass schnelle polizeiliche Reaktionen möglich sind;

ein europaweites Tracking von Gefährdern, eine gemeinsame Gefährderbewertung und nationale Gefährderlisten, die europaweit automatisch zusammengeführt werden, ohne dass eine konkrete Abfrage des jeweiligen Täters erfolgen muss.

**Wie stehen Sie zu der Frage, Europol eigene Eingriffsbefugnisse in den Mitgliedsstaaten zu gewähren?** - Wir wollen EUROPOL als europäische Verbindungs- und Koordinierungsstelle so ausstatten und weiterentwickeln, dass es in wichtigen Bereichen zu einer Art europäischem FBI wird. Das gilt insbesondere im Bereich der Cyberkriminalität und im Kampf gegen Terrorismus. Die operativen polizeilichen Eingriffsbefugnisse sollen allerdings bei den Mitgliedstaaten verbleiben.

## **2. Aus- und Fortbildung**

- **Wie stehen Sie zu der zunehmend erforderlichen Spezialisierung insbesondere im Bereich der Kriminalitätsentwicklung und -bekämpfung?** - Aus meiner Sicht sind zum einen eine gute Grundlagenausbildung und zum anderen eine darauf aufbauende stetige Fortbildung in spezialfachlichen Bereichen die Grundlage des Erfolges der Bundespolizei. Gute Grundlagenausbildung: Meines Erachtens hat es sich angesichts vielfältigen spezialpolizeilichen Aufgaben bewährt, dass die Bundespolizei ihre zukünftigen Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten umfassend auf ihre Aufgaben in den Laufbahnen des mittleren, gehobenen und höheren Polizeivollzugsdienstes vorbereitet.

Dabei wird eine Querschnittsgrundbefähigung für den Polizeivollzugsdienst vermittelt und somit die Grundlage für spätere Spezialisierungen gesetzt. Die hier vermittelten Grundwerte, rechtlichen Rahmenbedingungen und fachlichen Fertigkeiten bilden den Grundstein jeder nachfolgenden Spezialisierung sowie der Erfüllung der alltäglichen polizeilichen Aufgaben. Mit diesem Ansatz war die Bundespolizei stets in der Lage, die gesetzlichen Aufgaben in Quantität und Qualität zu erfüllen. Zudem bestand gesamt betrachtet die erforderliche Flexibilität, umfassenden



Organisationsveränderungen ohne Qualitätsverlust umzusetzen. Stetige Fortbildung in spezialfachlichen Bereichen: Eine stetige Fortbildung in spezialfachlichen Bereichen ist von großer Bedeutung. Ich begrüße, dass die Bundespolizei die von ihr zu verfolgenden Straftaten u.a. strategisch auswertet und auf Handlungsnotwendigkeiten untersucht. Die Bundespolizei arbeitet zudem erkannte Schwerpunkte auf und lässt diese in die Aus- und Fortbildung einfließen. Damit wird dem Bedürfnis nach Spezialisierung insbesondere im Bereich der Kriminalitätsentwicklung und -bekämpfung hinreichend Rechnung getragen.

**Würden Sie die Einführung einer durchgehenden "K-Schiene" - wie von uns gefordert - zustimmen.**

**Wo sehen Sie diesbezgl. Chancen, wo Herausforderungen?** - Eine durchgehende kriminalistische Fach-Schiene würde eine Einschränkung der Flexibilität der ausschließlich hierfür vorbereiteten Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten bedeuten. Hinzu kommt, dass das für die Strafermittlungen notwendige spezialpolizeiliche Fachwissen z.B. im Bereich des Ausländerrechtes, des Bahnbetriebes oder im Bereich der Luftsicherheit einen hohen Erfahrungsschatz erfordert, der außerhalb einer solchen „K-Schiene“ erworben wird. Entsprechend erachte ich eine singuläre Betrachtung „K-Schiene“ in der Bundespolizei nicht für zielführend, weil die Bundespolizei in der Aufgabenerfüllung insgesamt unter organisatorischen und personalwirtschaftlichen Gesichtspunkten eingeschränkt wäre.

**Wie stehen Sie zu der Möglichkeit - gerade im Hinblick auf die zunehmende digitale Arbeitswelt - vermehrt im Nichtvollzug einzustellen? Wie sehen Sie die Möglichkeiten, vermehrt Quereinsteiger\*innen einzustellen, dann auch zu entsprechend attraktiven Konditionen?** - Die Bundespolizei benötigt für die Erfüllung ihrer Aufgaben das beste Personal. Bei der heutigen Arbeitsmarktsituation muss sie dabei in bestimmten Bereichen ggf. auch neue Wege zur Einstellung von geeigneten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gehen. Gerade mit Blick auf IT-Fachkräfte sind kreative Ideen und Lösungen notwendig, um den stetig steigenden Bedarfen gerecht werden zu können. Gerade in diesem Bereich, fernab des Vollzugsdienstes, ist auch an die Einstellung von zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu denken.

**Das Personalentwicklungskonzept der BPol steht Fachkarrieren im Weg. Setzen Sie sich für ein modernes PEK, welches sowohl Führungs- als auch Fachkarrieren vorsieht, ein?** - Das bisherige Personalentwicklungskonzept der Bundespolizei stammt aus dem Jahr 2015. Die Entwicklungen in den zurückliegenden sechs Jahren - die Migrationskrise 2015/16, die terroristische Bedrohungslage, zunehmend veränderte Schwerpunkte der Aufgabenwahrnehmung und letztlich hieraus folgend der Aufwuchs der Bundespolizei - haben ein gänzlich geändertes Umfeld geschaffen. Diesen Veränderungen muss ein neues Personalentwicklungskonzept gerecht werden, welches nach der Evaluierung im vergangenen Jahr nun in absehbarer Zeit in Kraft treten soll. Mit Blick auf die eben skizzierten Herausforderungen sollten dabei auch bestimmte Entwicklungslinien, unter anderem auch Führungs- und Fachkarrieren, berücksichtigt werden.

### **3. Attraktivität der Bundespolizei**

**Werden Sie sich für die Ruhegehaltsfähigkeit der Amtszulage einsetzen?** - In der vergangenen Legislaturperiode hat die Regierungskoalition bei der Bundespolizei für einen Aufwuchs von über 8.300 neuen Stellen (von 41.600 Stellen im Jahr 2017 auf 49.945 Stellen in 2021) sowie allgemein für Lohnsteigerungen im öffentlichen Dienst des Bundes von insgesamt 10 Prozent (6,8 Prozent im Zeitraum März 2018 bis August 2020 sowie von 3,2 Prozent von September 2020 bis Dezember 2022) gesorgt. Zusätzlich wurde - auf Initiative der Union - die Polizeizulage um insgesamt 68 Prozent erhöht.

*Wir werden uns auch künftig für eine verbesserte Ausstattung und Bezahlung der Bundespolizistinnen und Bundespolizisten stark machen. Wir werden dabei auch die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage prüfen.*

**Befürworten Sie aufgrund der abnehmenden Anzahl Freiwilliger den erleichterten bzw. prüfungsfreien Aufstieg in den höheren Dienst (analog mD zu gD)?** - Da laut Bundespolizei die Bewerberzahlen für den Aufstieg in den höheren Dienst konstant sind, wird keine Notwendigkeit für die Einführung eines generellen prüfungsfreien Aufstieges gesehen.

**Setzen Sie sich für die Möglichkeiten von verstärktem Homeoffice/mobilen Arbeiten unter dem Grundsatz "Freiwillig - da wo es möglich ist" ein oder unterstützen sie die Präsenzpflcht?** *Ich begrüße, dass mobiles Arbeiten in der Bundespolizei grundsätzlich bereits möglich ist, und spreche mich auch für erweiterte Möglichkeiten des mobilen Arbeitens aus, soweit das unter Berücksichtigung der Voraussetzungen der IT-Sicherheit, des Daten- und Geheimschutzes möglich ist.*

**Wie stehen sie zu zusätzlichen Entgeltangeboten wie beispielsweise dem Jobbike, vergünstigten Fahrpreisen im ÖPNV/im Fernverkehr (ohne Uniform)?** - Jobtickets im Bereich des ÖPNV sind eine gute Sache. Sie stellen sowohl einen Anreiz für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als auch einen Beitrag zum Umweltschutz dar.